

## PW 1:

### Möglicher Kursaufbau Politische Wissenschaft (LK & GK)

Unterrichtssequenzen	Erläuterung	Alternativen / Ergänzungen
1) Jugend und Politik heute <ul style="list-style-type: none"><li>• Befragung des Kurses: pol. Interesse und Organisation in pol. Parteien</li><li>• Auszüge aus der Shellstudie</li></ul>	Der Gegensatz zwischen politischem Interesse und geringem Engagement in Parteien und Verbänden soll erkennbar und interpretiert werden.	
2) Direkte Demokratie <ul style="list-style-type: none"><li>• Modell der Rätedemokratie</li><li>• Vergleich mit parlamentarischer Demokratie</li><li>• Analyse der historisch-politischen Situation vom 9. Nov. bis zum 19. Jan. 1919 in Deutschland.</li><li>• Plebiszite im GG und auf Länderebene; Debatte um Erweiterung plebiszitärer Demokratie</li></ul>	Der historische Exkurs dient a) der Veranschaulichung b) der Erarbeitung weiterführender politologischer Fragestellungen (siehe: Punkt 3 & 4)	<ul style="list-style-type: none"><li>• Ergänzend zur Analyse der Situation in Deutschland zwischen dem 9. Nov. 1918 und dem 19. Jan. 1919: Analyse der russischen Revolution 1917; Vergleich mit der deutschen Situation. Bewertung der Haltung der SPD</li><li>• Formen direkter Demokratie in der Schweiz</li></ul>
3) Bedeutung der Verfassung und der Nationalversammlung <ul style="list-style-type: none"><li>• Analyse der sozialen Zusammensetzung der Nationalversammlung</li><li>• Boykott der Wahl zur Nationalversammlung durch die KPD</li><li>• Recherche zu Hugo Preuss</li><li>• Vergleich ausgewählter Verfassungsgrundsätze (v.a. Eigentumsfrage): Weimarer Republik und BRD</li></ul>	Die NV geht aus einer einmaligen Wahl hervor, verabschiedet dann aber eine Verfassung, die dem Staat eine weitgehend endgültige und irreversible Form gibt. Die politischen Umstände dieser Situation sollen untersucht werden; die Legitimitätsfrage soll diskutiert werden.	<ul style="list-style-type: none"><li>• Vergleich der Nationalversammlung mit dem Parlamentarischen Rat 1948/49</li><li>• Analyse ausgewählter Momente der Staatsentstehung: Irak, Afghanistan, Ägypten</li></ul>
4) Bedeutung der Menschenrechte <ul style="list-style-type: none"><li>• Einteilung der MR (soziale Rechte, Schutz- und Freiheitsrechte, kollektive Rechte)</li><li>• Vergleich der Anzahl der verschiedenen Rechte in der UN-Charta der MR und dem GG (Art. 1 – 20)</li><li>• Wirtschaftspolitische Neutralität des GG: Sind die „Grundsätze des Kommunismus (F. Engels) mit dem GG vereinbar?</li><li>• Kritik der MR (marxistische &amp; Entwicklungsländer)</li><li>• Begründungsansätze für MR</li></ul>	Der Katalog der MR in westlichen Verfassungsstaaten ist weitgehend auf die individuellen Schutz- und Freiheitsrechte konzentriert; soziale Rechte sowie kollektive Rechte sind nachgeordnet. Dieser Befund kann vielfältig erklärt, bewertet und interpretiert werden.	<ul style="list-style-type: none"><li>• Recherche zu NGO's , die sich im Hinblick auf MR engagieren (Human rights watch, Amnesty international)</li><li>• Analyse der MR-Situation in ausgewählten Ländern (möglich als ergänzendes Referat)</li></ul>
5) Politische Theorie <ul style="list-style-type: none"><li>• Th. Hobbes: Naturzustand und Gesellschaftsvertrag</li><li>• Rousseau: Gesellschaftsvertrag,</li></ul>	Anhand der theoretischen Ansätze soll der Unterschied zwischen identitärer und pluralistischer Demokratie erarbeitet werden. Dabei sollen die unterschiedlichen	<ul style="list-style-type: none"><li>• Gewaltenteilung in verschiedenen Theorieansätzen</li><li>• Ergänzende Autoren: Schumpeter, Locke ua.</li></ul>

<p>allgemeiner und besonderer Wille; Kritik der Parteien</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Begründung der Repräsentation bei Baron de Montesquieu</li> <li>• Fraenkel: Allgemeiner Wille als regulative Idee; pluralistische Demokratie &amp; Parteien</li> <li>• Kant: Struktur und Leistung aufgeklärter Öffentlichkeit</li> </ul>	<p>Menschenbilder und normativen Ansprüche an den Bürger deutlich werden (Gemeinwohlorientierung des Citoyen bei Rousseau versus interessengeleitete Bürger bei Fraenkel).-</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bewertung des Rätessystems und der parl. Demokratie auf der Grundlage von Rousseau und Fraenkel</li> </ul>
<p>6) Medien als 4. Gewalt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufgabe der Medien in der Demokratie (z.B. nach Bundesverfassungsgericht).</li> <li>• Vergleich dieser Funktionsbestimmung mit der Theorie von Kant</li> <li>• Kritik der Mediengesellschaft (Monopolisierung des Medienmarktes, Infotainment, Medienzugänge von Minderheiten u.a.)</li> </ul>	<p>Gedanklicher Voraussetzung aller Demokratie ist der mündige, urteilsfähige Bürger. Besonders bei Kant ist daher die Struktur der demokratischen Öffentlichkeit selbst unbedingt demokratisch: Zugang haben alle, die „als Gelehrte“ zum Publikum sprechen wollen, mithin sind alle Bürger Teil eines Diskurses; inwieweit die mediale Öffentlichkeit der BRD diesem Anspruch gerecht wird, soll untersucht werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Übernimmt das Internet die Funktion, die früher den Printmedien zugeschrieben wurden? (Recherche und Diskussion, z.B. Rolle von Facebook im arab. Frühling u.a.)</li> </ul>
<p>7) Rolle des Abgeordneten &amp; Gewaltenteilung im parlamentarischen System der BRD</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Analyse Art. 38 GG</li> <li>• Fraktionszwang als Teil der parl. Praxis (Texte von Hamm-Brücher &amp; G. Baum; Koalitionsverträge u.a)</li> <li>• Historische Entwicklung des Begriffs „Regierungsmehrheit“ im parl. Systems.</li> <li>• Gewaltenverschränkung im Bundestag; Funktionswandel der Opposition</li> <li>• Bundesrat und Medienöffentlichkeit als Oppositionersatz</li> </ul>	<p>Art. 38 betont die Gewissensfreiheit des Abgeordneten; faktisch aber herrscht im BT der Fraktionszwang, der das Abstimmungsverhalten des Abgeordneten weitgehend festlegt. Die Entstehungsgeschichte dieser Praxis (Regierungswahl durch das Parlament, Konstitution einer Regierungsmehrheit, die sic immer wieder bestätigen muss) soll ebenso untersucht werden wie die demokratietheoretischen Folgen des Prozesses (Bedeutungsverlust der parl. Debatte, Verlagerung der Opposition in die Medien usw.)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ergänzend: Innerparteiliche Willensbildung <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Parteiaufbau (Landesverbände, Vorstand, Fraktion usw.)</li> <li>○ Innerparteilicher Entscheidungsablauf am Fallbeispiel: Aussetzung der Wehrpflicht (CDU) oder Atomausstieg (CDU)</li> </ul> </li> </ul>
<p>8) Das präsidentielle Regierungssystem der USA</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Staatsaufbau</li> <li>• Vertiefung: Rolle des Präsidenten</li> <li>• Vertiefung: Rolle des Kongresses und der Parteien</li> <li>• Checks and balance</li> </ul>	<p>Im Gegensatz zu Dtl. gibt es in den USA den Fraktionszwang eigentlich nicht; die Parteien spielen eine untergeordnete Rolle, die Gewaltenteilung ist weitaus ausgeprägter, der Einfluss von Wirtschaft und Medien auf die Politik freilich größer – dies soll erarbeitet und mit den deutschen Strukturen verglichen werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ergänzend: das semipräsidentielle Regierungssystem in Frankreich</li> <li>• Ergänzend: Konstitutionelle bzw. parlamentarische Monarchien (z.B. Vereinigtes Königreich England)</li> <li>• Andere Regierungssysteme können in Form von Kurzreferaten vorgestellt.</li> </ul>
<p>9) Gegner der Demokratie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sofern unter 2) noch nicht behandelt, können Positionen linksradikaler Demokratiekritik</li> </ul>	<p>In der Auseinandersetzung mit den Gegnern der Demokratie wird man kaum geschlossenen Theorien vorfinden, sondern sich mit</p>	<p>Ergänzend kann behandelt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vom Rätessystem zur Parteidiktatur (Entwicklung des Rätegedankens in der</li> </ul>

bearbeitet werden (R.Luxemburg z.B.) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Faschistische Denunziationen der Demokratie (z.B. Hitler, Carl Schmidt)</li> <li>• Islamisch-fundamentalistische Positionen</li> </ul>	verstreuten Texten begnügen müssen. Im Zentrum der Erarbeitung sollte die Frage nach den Gemeinsamkeiten der unterschiedlich fundierten Positionen stehen.	Sowjetunion) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kritik der Mediendemokratie (aus dem Umkreis der Frankfurter Schule)</li> </ul>
10) Autoritärer Kapitalismus – die Bedrohung der Demokratie im 21. Jh.? <ul style="list-style-type: none"> <li>• Regierungssystem von China</li> <li>• Regierungssystem von Russland</li> </ul>	Diese Sequenz ist auch ein Modul des Zusatzkurses. Sie sollte nur in Absprache mit FBL und dem Kollegen unterrichtet werden, der die Zusatzkurse unterrichtet. Die Einheit sollte unter der Fragestellung stehen, ob die Demokratie die Staatsform des 21. Jh. sein kann und sein wird.	Es können auch andere Formen Staatenbeispiele gewählt werden: Arab. Staaten (Saudi Arabien z.B.), Singapur usw.
11) Islamischer Gottesstaat <ul style="list-style-type: none"> <li>• Analyse des Regierungssystems des Iran</li> </ul>	Angesichts der von S. Huntington losgetretenen Debatte (Kampf der Kulturen) soll zum Schluss des Kurses die politische Zielvorstellung des islamischen Fundamentalismus genauer beleuchtet werden.	

**Für den GK verbindlich:**

- 2) direkte und repräsentative Demokratie
- 4) Menschenrechte und Verfassung
- 5) Politische Theorie (Auswahl)
- 6) Medien
- 9) Gegner der Demokratie
- 10) oder 11) anti-demokratische Regierungssysteme

**Für LK verbindlich:**

- 2) direkte und repräsentative Demokratie
- 4) Menschenrechte und Verfassung
- 5) Politische Theorie (Auswahl)
- 6) Medien
- 7) Rolle des Abgeordneten; Theorie und Praxis der Gewaltenteilung (wenn nicht im 2. Semester behandelt)
- 8) präsidentielle oder semi-präsidentielle Regierungssysteme
- 9) Gegner der Demokratie
- 10) oder 11) anti-demokratische Regierungssysteme

**Bemerkung zur Umsetzung verbindlicher Inhalte:**

Die Umsetzung muss nicht genau in der curricular vorgesehenen Weise geschehen; einzelne Autoren sowie konkrete historische und politische Bezüge können hier und da anders ausgestaltet werden. Im Kern aber muss der verbindliche bezeichnete Inhalt erschlossen worden sein.

## PW 2:

### Möglicher Kursaufbau Politische Wissenschaft (LK & GK)

Unterrichtssequenzen	Erläuterung	Alternativen / Ergänzungen
<p>1) Individualisierung als gesellschaftlicher Prozess</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Ulrich Beck: Jenseits von Stand und Klasse</li><li>• Strukturwandel der Wirtschaft der BRD seit den 70er Jahren</li><li>• Gewinner und Verlierer der Individualisierung (z.B. eigene „Portraits“ des „Gewinners“ entwerfen lassen)</li><li>• Politische Interessen des „Gewinners“</li></ul>	<p>Becks Individualisierungsthese beschreibt einen zentralen Prozess in den westlichen Industriegesellschaften seit den 70er Jahren: die Auflösung von sozialen Gefügen und damit einhergehende Konzentration der Individuen auf den eigenen Lebensentwurf. Die Thesen von Beck sind anschlussfähig für viele Inhalte des 2. Semesters</p>	<p>Bereits hier könnte vertiefend behandelt werden: Soziologische Veränderungen in der Gesellschaft: Mobilität, Ehe und Familie, demografischer Wandel</p>
<p>2) Politische Parteien und „neue Mitte“</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Portraits der im BT vertretenen politischen Parteien</li><li>• Angleichungsprozesse der politischen Parteien: a) ausgewählte Politikfelder oder b) Sekundärtexte zu Wählerwandel und Parteienstruktur (Franz Walter)</li></ul>	<p>Werden allgemeine Portraits der Parteien gestaltet, sollte die Anzahl der Politikfelder eingeschränkt werden. -- Man kann aber auch die Portraits mithilfe von Sekundärtexten von Franz Walter erarbeiten, der sich direkt auf Beck bezieht und den programmatischen und strategischen Wandel der Parteien vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungs- und Modernisierungsprozesse analysiert.</p>	<p>Ergänzend:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Parteiengeschichte und Parteienwandel (Kurzreferate?)</li><li>• Politische Theorien des 19. Jahrhunderts</li></ul>
<p>3) Anspruch und Wirklichkeit der politischen Parteien</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Funktion der Parteien nach Parteiengesetz</li><li>• Kritik der politischen Parteien (Parteiendemokratie)</li><li>• Protestparteien und Protestwähler</li><li>• Plebiszite als Korrektiv der Parteiendemokratie?</li></ul>	<p>Untersucht werden die pol. Parteien in Theorie und Praxis; hierbei kann z.T. auf Inhalte des 1. Sem. zurückgegriffen werden; wichtige Aspekte: Mediatisieren die Parteien den Volkswillen? Sind sie offen für gesellschaftliche Diskurse?</p>	<p>Ergänzend:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Prozess der pol. Willensbildung in einer Partei an ausgewähltem Beispiel (Z.B.: Aussetzung der Wehrpflicht).</li></ul>
<p>4) Wirtschaftstheorie</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Angebots- und Nachfrage-theorie (Friedman vs. Keynes)</li><li>• Wirtschaftspolitische Maßnahmen der beiden Theorie z.B. im Bereich Steuerpolitik, Sozialpolitik usw.</li></ul>	<p>Die beiden zentralen Theorieansätze sollen vermittelt werden; ausführlicher sollten die aus den Ansätzen folgenden Maßnahmenkataloge erarbeitet werden (Steuerpolitik, Sozialpolitik, Konjunkturpolitik usw.)</p>	<p>Ergänzend:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Magisches Viereck und magisches Sechseck</li><li>• Selektive Sichtung von Parteiprogrammen zur wirtschaftspolitischen Positionsbestimmung</li></ul>
<p>5) Schröder &amp; Agenda 2010</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Schröder-Blair-Papier &amp; wirtschaftspolitische Verortung</li><li>• Aufbau des Sozialversicherungssystem</li><li>• Hartz IV-Gesetze</li><li>• Vergleich: Sozialstaat vor und nach der Reform</li><li>• Vergleich: Agenda 2010 &amp; Arbeitsmarktreformen in den</li></ul>	<p>Das Sozialversicherungssystem sollte in seinen Finanzierungsgrundlagen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels thematisiert werden. Es sollten auch alternative Möglichkeiten der Reform diskutiert werden (z.B.. Zuwanderung, Einbindung von Selbstständigen und Beamten, Sozialabgaben auf</p>	<p>Ergänzend:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Analyse der Agenda-Rede Schröders von 2003</li><li>• Analyse der Rede zur Vertrauensfrage 2005</li><li>• Position der SPD zu Hartz IV heute</li></ul>

USA der 90er Jahre	Kapitalerträge usw.)	
<p>6) Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland seit 2005</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung der Löhne und Lohnstückkosten in Deutschland und Europa</li> <li>• Entwicklung im Niedriglohnsektor</li> <li>• Wirtschaftliche Folgen der EU-Osterweiterung seit 2004</li> <li>• Theorie und Praxis des Mindestlohns</li> </ul>	<p>Hier sollte in den Blick genommen werden, dass die Agenda 2010 die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit von Dtlid. verbessert hat; es sollte schon hier mit Blick auf das 3. Semester deutlich werden, dass diese Entwicklung innerhalb Europas sehr kontrovers beurteilt wird.</p>	<p>Ergänzend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aktuelle Diskussionen zum „deutschen Modell“ im Rahmen der EU</li> <li>• Forderungen der EZB und der EU-Kommission an Deutschland</li> </ul>
<p>7) Einstieg Globalisierung: Warenproduktion in der globalisierten Welt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kriterien der Standortwahl großer Unternehmen; Bewertung Deutschlands aus unterschiedlicher Perspektive</li> <li>• Fallbeispiel: Standortverlagerung (Nokia, VW o.Ä.)</li> <li>• Naomi Klein: Unterschied zwischen Produkt und Marke; Internationale Arbeitsteilung</li> <li>• Fallbeispiel: Produktionsstandort Bangladesch &amp; Exportproduktionszonen</li> <li>• Streit um Sozial- und Ökostandardnachweise in der Produktionskette</li> </ul>	<p>Als Einstieg in die Globalisierung wird die Warenproduktion genutzt. Neben den rein ökonomischen Kriterien der betriebswirtschaftliche Perspektive (Standortverlagerung) sollte auch die Konsumentenebene und das veränderte Kaufverhalten thematisiert werden (sehr gut geeignet hier: Auszüge aus dem Klassiker „No Logo“ von Naomi Klein). Produktionsstandorte in der 3. Welt sollten exemplarisch untersucht werden: Exportproduktionszonen, Sozial- und Arbeitsbedingungen. Zum Streit um Sozialsiegel auf Importprodukte seit 2014: Minister Müller (CSU)</p>	<p>Ergänzend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sozial- und Ökosiegel</li> <li>• Fair-Trade</li> </ul>
<p>8) Finanzkapital und Unternehmensstruktur in der globalisierten Welt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fallbeispiel Finanzinvestoren: Celanese AG, Grohe o.Ä.; dabei: Geschäftsmodell des Finanzinvestors, Hedge-Fonds</li> <li>• Auflösung der „Deutschland AG“ Anfang des 20. Jh.</li> <li>• Shareholder und Stakeholder-value; „Rheinischer und angelsächsischer Kapitalismus“</li> <li>• Folgen des Shareholdervalue für Unternehmen und Gesellschaft</li> </ul>	<p>Nach der Machtübernahmen durch Schröder 1998 wurde in Deutschland durch Veränderungen im Steuerrecht die Auflösung der Überkreuzbeteiligung großer Unternehmen aufgelöst; zudem betätigten sich viele Großbanken mehr und mehr als Investmentbanken. Dadurch gelang großen Finanzinvestoren die Übernahme von Unternehmen. Durch diese Veränderungen bedingt, setzte sich das Shareholdervalue-Prinzip mehr und mehr durch.</p>	<p>Ergänzend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Heuschreckendebatte“; ursprünglich von Müntefering angestoßen, wird aber auch aktuell noch geführt</li> </ul>
<p>9) Steuerflucht und Staatsverschuldung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wege der „Steuroptimierung“; z.B. Intrakonzernhandel, Stiftungen u.a.</li> <li>• Entwicklung der Staatsverschuldung &amp; Rolle der Ratingagenturen</li> <li>• Entwicklung ausgewählter Steuern im internal. Vergleich</li> </ul>	<p>Dem Anstieg der Staatsverschuldung fast aller Staaten der Welt korrespondiert seit Jahren die Existenz von „Steuroasen“ in Europa und Übersee. Mit der Staatsverschuldung gewinnen die Ratingagenturen Einfluss auf die Politik der Staaten, der Staatsanleihen sie nach anlageorientierten Kriterien bewerten.</p>	<p>Ergänzend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Exemplarische Untersuchung der „Jungferninseln“ (Virgin Islands)</li> </ul>

<p>10) Soziale Marktwirtschaft und ihre Zukunft</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Theorie der sozialen Marktwirtschaft bei L. Erhard, A. Müller-Armack, Walter Eucken u.a.</li> <li>• Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft in hist. Perspektive: Bismarcks Sozialgesetzgebung; Aufbau der dynamischen Rente u.a</li> <li>• Weltwirtschaftliches Bedingungs-feld seit den 80er Jahren: Reagonomics, Konsens von Washington, Zusammenbruch der Sowjetunion</li> <li>• Zukunft der sozialen Marktwirtschaft</li> </ul>	<p>Hier soll auf das Modell der sozialen Marktwirtschaft nach 1945 erarbeitet werden. Es soll deutlich werden, dass die soziale Marktwirtschaft eine Antwort auf die Klassenkonflikte des 19. Jh ist und die Grundlage für die friedliche Entwicklung der BRD gelegt hat. Vor dem Hintergrund der Liberalisierung der Weltwirtschaft seit Anfang der 80 er Jahre soll dann die Zukunftsfähigkeit der soz. Marktwirtschaft diskutiert werden.</p>	<p>Ergänzend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Theorie und Praxis des Liberalismus im 19. Jh.</li> <li>• Theorieelemente des Marxismus (Vereledungstheorie z.B.)</li> </ul>
<p>11) Rechtsextremismus</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Alter und neuer Rechtsextremismus</li> <li>• Rechtsextreme Wähler – Modernisierungsverlierer? (dazu: Stöss, Heitmeyer u.a.)</li> <li>• Rechtsextreme Subkultur (Musikszene)</li> <li>• Rechtsextremismus und Mehrheitskultur</li> <li>• Rechtsextremismus in Europa</li> <li>• Film: Die Kriegerin</li> </ul>	<p>Ausgegangen werden kann von neuen Themen im Rechtsextremismus: Globalisierungskritik, Kritik an der EU, an Unterdrückung der 3. Welt u.a.. Dann sollten (z.B. anhand der Analyse des NPD-Parteiprogramms) die „alten“ Antworten des Rechtsextremismus herausgearbeitet werden. Im Anschluss an den Anfang des Semesters kann gefragt werden, inwieweit die rechtsextreme Szene v.a. aus „Modernisierungsverlierern“ besteht; entsprechende Thesen finden sich bei Stöss und Heitmeyer Sehr zu empfehlen ist der Film „Die Kriegerin“ – Anregungen hierzu bei Frau Bartels.</p>	<p>Ergänzungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsextremismus in der Geschichte der BRD</li> <li>• Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern</li> </ul>

**Für den GK verbindlich:**

- Individualisierung als gesellschaftlicher Prozess
- Politische Parteien und „neue Mitte“
- Wirtschaftstheorie
- Schröder & Agenda 2010
- Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland seit 2005<sup>1</sup>
- Einstieg Globalisierung: Warenproduktion in der globalisierten Welt
- Steuerflucht und Staatsverschuldung
- Finanzkapital und Unternehmensstruktur in der globalisierten Welt
- Steuerflucht und Staatsverschuldung
- Rechtsextremismus

**Für LK verbindlich:**

- Individualisierung als gesellschaftlicher Prozess

<sup>1</sup> Die Punkte 5; 6; 7 und 8 werden im GK in stark reduzierter Form unterrichtet

- Politische Parteien und „neue Mitte“
- Wirtschaftstheorie
- Schröder & Agenda 2010
- Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland seit 2005
- Einstieg Globalisierung: Warenproduktion in der globalisierten Welt
- Steuerflucht und Staatsverschuldung
- Finanzkapital und Unternehmensstruktur in der globalisierten Welt
- Steuerflucht und Staatsverschuldung
- Steuerflucht und Staatsverschuldung
- Rechtsextremismus

**Bemerkung zur Umsetzung verbindlicher Inhalte:**

Die Umsetzung muss nicht genau in der curricular vorgesehenen Weise geschehen; einzelne Autoren sowie konkrete historische und politische Bezüge können hier und da anders ausgestaltet werden. Im Kern aber muss der verbindliche bezeichnete Inhalt erschlossen worden sein.

## PW 3:

### Möglicher Kursaufbau Politische Wissenschaft (LK & GK)

Unterrichtssequenzen	Erläuterung	Alternativen / Ergänzungen
1) Unser Europa-Bild <ul style="list-style-type: none"><li>Sammlung von Assoziationen zum Thema „Europa“</li></ul>	Die Sammlung von Stichwörtern kann zu Erstellung eines Arbeitsprogramms genutzt werden: positive und negative Voreinstellungen können diskutiert werden.	Historischer Einstieg: Europa-Rede von Robert Schuman (1950).
2) Stationen der Integrationsgeschichte Europas <ul style="list-style-type: none"><li>Betrachtet wird der Zeitraum von der Gründung der EGKS bis zum Vertrag von Lissabon</li></ul>	Schüler erstellen eine Zeitleiste; hier sollen nur die 8 wichtigsten Schritte der Integration dargestellt werden (die Schüler müssen also auswählen und ihre Entscheidung begründen, am besten in Gruppen). Auswertungsfrage soll sein: 1) Welche Integrationsschritte haben einen mehr politischen, welche haben einen mehr ökonomischen Charakter? 2) Welche Integrationschritte haben mit dem Binnenmarkt zu tun?	Ergänzend können kurze (!) Referate zu den Höhepunkten der Integrationsgeschichte sowie zu europäischen Persönlichkeiten gehalten werden.
3) Binnenmarkt <ul style="list-style-type: none"><li>die vier Freiheiten des Binnenmarktes</li><li>exemplarisch Vertiefung: Dienstleistungsfreiheit<ul style="list-style-type: none"><li>Entsenderichtlinie und Dienstleistungsrichtlinie</li><li>Probleme ausgewählter Dienstleistungsbereiche nach 2004 (Fleischverarbeitung; Bauhauptgewerbe u.a.)</li><li>Streit um die Bolkesteinrichtlinie</li><li>Kontrollpraxis der Arbeitnehmerentsendung und der Streit zwischen Kommission und Nationalstaaten</li></ul></li><li>Mindestlohndebate</li></ul>	Mit der Dienstleistungsfreiheit ist die Möglichkeit verbunden, dass Arbeitnehmer zur Erbringung von Dienstleistungen von einem Mitgliedsland der EU in ein anderes entsandt werden. Hauptstreitpunkt hierbei ist, ob die entsandten Arbeitnehmer zu den Bedingungen des Herkunfts- oder des Gastlandes beschäftigt werden. Dieser Streit wird nicht nur innerhalb der EU, sondern auch zwischen den Nationalstaaten geführt. Am Fallbeispiel Dienstleistungsfreiheit können also sehr exemplarisch Interessenlagen und Konfliktlinien beim Projekt Europa erarbeitet werden. Die Debatte um einen Mindestlohn in Deutschland sollte mit der europ. Gesetzeslage in Verbindung gebracht und vor diesem Hintergrund diskutiert werden.	Möglich ist auch, einen anderen Bereich des Binnenmarktes zu vertiefen; immer sollten auch Kontroversen und Probleme verdeutlicht werden; möglich hierbei: <ul style="list-style-type: none"><li>Kapitalverkehrsfreiheit, Steuerflucht und die Bemühungen um Kapitalverkehrskontrollen</li><li>Europäischer Arbeitsmarkt, Bologna-Prozess und nationale Bildungspolitik</li></ul>
4) Osterweiterung <ul style="list-style-type: none"><li>Fallbeispiel Slowakei<ul style="list-style-type: none"><li>Wirtschaftliche Entwicklung</li><li>Reformmaßnahmen unter Dzurinda</li></ul></li><li>Vergleich der Reformen Dzurindas</li></ul>	Bereits vor dem Beitritt entwickelte sich in fast ganz Osteuropa eine sehr neoliberal geprägte Politik. Unter den Bedingungen des Binnenmarktes geriet ab 2004 auch Deutschland unter	Das Fallbeispiel könnte auch durch andere Länderbeispiele ersetzt werden.



<p>mit den Hartz-Gesetzen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beitrittskriterien der Kopenhagener Kriterien</li> </ul>	<p>Reformdruck. Ausdruck hiervon sind die Hartz-Gesetze.</p>	
<p>5) Harmonisierung oder Wettbewerb ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Konzepte im Vergleich</li> <li>• Möglichkeiten der Harmonisierung in der EU im Bereich der Steuer- und Sozialpolitik</li> <li>• Folgen des Steuerwettbewerbs für Deutschland</li> </ul>	<p>Der Streit um die Harmonisierung von Steuer-, Sozial- und Rechtsstandards ist so alt wie die EU selbst. Gleichwohl ist dieser Streit von größter Bedeutung für das Verständnis der EU sowie des Vertrags von Lissabon und der Dynamik, die durch die Osterweiterung in die EU kam.</p>	
<p>4) Institutionen der EU</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rat der europ. Union</li> <li>• Europäischer Rat</li> <li>• Kommission</li> <li>• Europ. Parlament</li> <li>• EUGH</li> <li>• Gesetzgebung in der EU</li> <li>• Vergleich mit der nationalen Gesetzgebung der BRD</li> </ul>	<p>Denkbar ist hier, dass die legislativen und exekutiven Institutionen in Gruppen arbeitsteilig erarbeitet und vorgestellt werden; dann sollte der Gang der Gesetzgebung erarbeitet und mit dem deutschen gesetzgebungsverfahren verglichen werden. Abschließend ist zu fragen, welche Institution legislativ ist. Hierbei zeigt die deutliche Gewaltenschränkung auf Ebene der EU – ein wichtiges Ausgangspunkt für die Demokratiekritik</p>	
<p>5) Demokratieprinzip &amp; Integrationsziel der EU</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterscheidung zwischen a) institutionellem und b) strukturellem Demokratiedefizit (Mögl. Texte: Dieter Grimm, Roman Herzog, Stromeier)</li> <li>• Vergleich der Institutionen und der Gesetzgebung EU und Bundesrepublik.</li> <li>• Reformperspektiven für die EU: Staatenbund oder Bundesstaat?</li> </ul>	<p>Auf Ebene der EU lässt sich eine gewisse Exekutivlastigkeit bzw. Gewaltenschränkung feststellen: die Kommission und auch der Rat (beides Organe der Exekutive) wirken stark an der Gesetzgebung mit, das EP selbst hat kein Initiativrecht. Hinzu kommen strukturelle Demokratiedefizite der EU (fehlende Öffentlichkeit, Sprachbarrieren usw.). Von hier diesem Hintergrund können die Schüler in Gruppen Reformmodelle für die EU entwickeln.</p>	<p>Es können exemplarisch Gesetzgebungsprozesse untersucht werden, um das Zusammenwirken der Institutionen auch unter dem Einfluss nationaler Interessen besser verstehen zu können. Möglich wäre hier: Glühbirnenverordnung, Verordnung zur Kennzeichnungspflicht gentechnisch manipulierter Lebensmittel u.a</p>
<p>6) Vertrag von Lissabon</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Exemplarisch werden die wichtigen Veränderungen durch den Vertrag von Lissabon herausgearbeitet.</li> </ul>	<p>Der Vertrag von Lissabon erweitert die Rechte des EP vor allem dadurch, dass das Mitentscheidungsverfahren zur Regel wird; in entscheidenden Politikfeldern bleibt es aber bei der Einstimmigkeitsregelung im Rat.</p>	<p>Es können Thesen der Vertragskritiker eingegeben werden (Vorwurf z.B.: Militarisierung der EU usw.); Verbunden wird das mit dem Auftrag die Vorwürfe am Vertragstext zu überprüfen.</p>
<p>7) Subsidiarität in der EU</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kompetenzabgrenzung zwischen EU und nationaler Gesetzgebung nach dem Vertrag von Lissabon</li> <li>• Untersuchung eines Fallbeispiels:</li> </ul>	<p>Es soll deutlich werden, dass die Kompetenzabgrenzung im Vertrag von Lissabon interpretationsfähig ist und insbesondere durch den Regelungsbereich Binnenmarkt</p>	<p>Das angegebene Fallbeispiel kann durch andere ersetzt werden.</p>

Ist die Straßenverkehrsordnung ein Regelungsbereich der EU?	eine Kompetenzverlagerung in Richtung EU vollzieht.	
<p>8) WWU &amp; Euro</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vertrag von Maastricht</li> <li>• Debatte zur Einführung des Euro im Deutschen Bundestag (23. April 1998)</li> <li>• Theorien zur Euro-Krise: a) Staatsschuldenkrise b) Systemkrise</li> <li>• Wirtschaftliche Entwicklungen im Euro-Raum seit 1998</li> <li>• Fallbeispiele: Spanien, Irland, Griechenland, Portugal</li> <li>• Die Euro-Kläger (Hankel)</li> <li>• Rettungsschirme</li> <li>• Auf dem Weg zur Wirtschaftsregierung: Euro-plus &amp; Sixpack &amp; Fiskalpakt</li> <li>• Institutionen der Krise: EZB, IWF und Troika</li> <li>• Politik der EZB seit 2012: Chancen und Risiken</li> <li>• Austeritäts- oder Konjunkturpolitik: Wie soll die wirtschaftliche Zukunft Europas aussehen?</li> </ul>	<p>In der Sequenz wird ein historischer und theoretischer Ausgangspunkt gewählt. Es werden die Erwartungen erarbeitet, die die unterschiedlichen politischen Parteien 1998 mit dem Euro verbunden haben. Ergänzt wird dies durch die Theorien zur Euro-Krise in der Wissenschaft. Vor diesem Hintergrund werden die wirtschaftlichen Entwicklungen im Euro-Raum seit 1998 untersucht, um die realen mit den angenommenen Entwicklungen vergleichen zu können.</p>	<p>Ergänzt werden kann die Einheit durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Untersuchung der Rechtsprechung der BVerfG</li> <li>• Referate zu den Folgen der Austeritätspolitik in den südeuropäischen Ländern</li> <li>• Streit um die Eurobonds</li> <li>• Rolle der Banken in der Krise</li> <li>• Rettung Zyperns</li> </ul>
<p>9) Freihandelszonen im Vergleich</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Exemplarisch können betrachtet werden: NAFTA; Mercosur</li> <li>• Verhandlungen zu Handelsabkommen zwischen USA und EU</li> </ul>	<p>Freihandelszonen sind keine rein europäische Erfindung. Dies sollte durch Blick auf konkurrierende Wirtschaftsräume deutlich werden</p>	<p>Ergänzt werden kann diese Sequenz durch</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Auszüge aus David Ricardo (Theorie des komparativen Kostenvorteils)</li> <li>• Globalisierungskritische Positionen</li> </ul>
<p>10) Institutionen des Welthandels:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• WTO, Weltbank, IWF</li> </ul>	<p>Die EU wird nicht durch ihre eigenen Institutionen, sondern mehr und mehr durch internationale Wirtschaftsorganisationen normativ bestimmt – dies sollte herausgearbeitet werden.</p>	
<p>11) Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sicherheitspolitische Situation nach dem 11. Sept. 2001</li> <li>• ESS &amp; Battle-Groups</li> <li>• Ausgewählte aktuelle Handlungsfelder</li> <li>• Institutioneller Rahmen der GASP</li> </ul>	<p>Nach dem 11. September ändert sich nicht nur die amerikanische, sondern auch die europ. Sicherheitsdoktrin: Staatenzerfall, Proliferation ua. Werden als Sicherheitsproblem erkannt. Die EU versucht darauf mit gemeinsamen Konzepten zu antworten.</p>	<p>Ergänzend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zukunft der Nato</li> <li>• Zukunft der transatlantischen Beziehungen</li> <li>• Vergleich: US-Sicherheitsdoktrin &amp; Eu-Sicherheitspolitik nach dem 11. September</li> </ul>
<p>12) Festung Europa „Ayl- und Einwanderungspolitik der EU“</p>		<p>Ergänzend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vergleich der deutschen und der europ. Aylgesetzgebung</li> </ul>

**Für den GK verbindlich:**

- Stationen der Integrationsgeschichte Europas
- Binnenmarkt

- Osterweiterung
- Harmonisierung oder Wettbewerb ?
- Institutionen der EU
- Demokratieprinzip & Integrationsziel der EU
- Vertrag von Lissabon
- Subsidiarität in der EU
- WWU & Euro
- Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

**Für LK verbindlich:**

- Stationen der Integrationsgeschichte Europas
- Binnenmarkt
- Osterweiterung
- Harmonisierung oder Wettbewerb ?
- Institutionen der EU
- Demokratieprinzip & Integrationsziel der EU
- Vertrag von Lissabon
- WWU & Euro
- Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- Festung Europa „Ayl- und Einwanderungspolitik der EU

**Bemerkung zur Umsetzung verbindlicher Inhalte:**

Die Umsetzung muss nicht genau in der curricular vorgesehenen Weise geschehen; einzelne Autoren sowie konkrete historische und politische Bezüge können hier und da anders ausgestaltet werden. Im Kern aber muss der verbindliche bezeichnete Inhalt erschlossen worden sein.

## PW 4:

### Möglicher Kursaufbau Politische Wissenschaft (LK & GK)

Unterrichtssequenzen	Erläuterung	Alternativen / Ergänzungen
1) Unterentwicklung <ul style="list-style-type: none"><li>• Vergleich von Fundamentaldaten BRD &amp; afrikanisches Land</li><li>• Modernisierungs- und Dependenztheorie als Erklärungsansätze für Unterentwicklung</li><li>• Teufelskreise der Unterentwicklung</li></ul>	Ausgehend von Datenanalysen sollen Merkmale der Unterentwicklung erarbeitet werden (Bildung, BIP usw.); der Aussagewert der Merkmale wird diskutiert; zudem soll geprüft werden, wo Entwicklungshilfe anzusetzen hätte. Die zentralen (historischen) Theorieansätze für Unterentwicklung sollen erarbeitet und in ihrem Erklärungswert diskutiert werden.	
2) Fallanalyse: ein afrikanisches Land (z.B. Demokratische Republik Kongo) <ul style="list-style-type: none"><li>• Historische Entwicklung seit der Unabhängigkeit</li><li>• Einbindung in die Weltwirtschaft</li><li>• Staatenzerfall</li></ul>	Die Fallanalyse dient dazu, die abstrkten Theorien an einem konkreten Länderbeispiel zu verifizieren. Geeignet sind fast alle Staaten Afrikas.	
3) Neue Kriege <ul style="list-style-type: none"><li>• Münkler</li><li>• Fallbeispiele für neue Kriege</li></ul>	Die Theorie der Neuen Kriege von H. Münkler wird erarbeitet und an aktuellen Fallbeispielen überprüft.	
4) Westliche Sicherheitskonzepte <ul style="list-style-type: none"><li>• Europäische &amp; amerikanische Sicherheitsdoktrin</li><li>• Nato</li><li>• USA als globale Ordnungsmacht</li></ul>	Hier wird die „Europäische sowie die amerikanische Sicherheitsdoktrin erarbeitet. Ergänzend können sicherheitspol. Leitlinien der Bundeswehr gelesen werden. Vor diesem Hintergrund wird die neue Rolle der Bundeswehr und der Nato bestimmt;	
5) Völkerrecht <ul style="list-style-type: none"><li>• Interventionsmöglichkeiten in souveräne Staaten</li><li>• Humanitäre Intervention</li><li>• „Schutzverantwortung“</li><li>• Aufbau und Rolle der UNO</li></ul>	Das Völkerrecht achtet die Souveränität der Staaten; im Zeitalter des Staatenzerfalls aber scheint diese Grundlage mehr und mehr brüchig zu werden. Vor diesem Hintergrund wird diskutiert, inwieweit das Recht und die Notwendigkeit existieren, die Interventionsbereitschaft in Satten zu erhöhen, um Sicherheit und Ordnung in die betroffenen Satten zurückzubringen.	
6) Fallbeispiele für Interventionen <ul style="list-style-type: none"><li>• Somalia, Irak, Afghanistan, Libyen</li><li>• Aktuelle Sicherheitsrisiken</li></ul>	Hier sollen entsprechende Fallbeispiele untersucht werden	
7) Migration <ul style="list-style-type: none"><li>• Gründe für globale Migration</li></ul>	Ursachen und Folgen der Migration werden auch unter	

• Folgen der Migration anhand von Beispielen	sicherheitspolitischen Gesichtspunkten diskutiert.	
----------------------------------------------	----------------------------------------------------	--

**Für den GK verbindlich:**

- Unterentwicklung
- Fallanalyse
- Neue Kriege
- Westliche Sicherheitskonzepte
- Völkerrecht

**Für LK verbindlich:**

- Unterentwicklung
- Fallanalyse
- Neue Kriege
- Westliche Sicherheitskonzepte
- Völkerrecht
- Fallbeispiele

**Bemerkung zur Umsetzung verbindlicher Inhalte:**

Die Umsetzung muss nicht genau in der curricular vorgesehenen Weise geschehen; einzelne Autoren sowie konkrete historische und politische Bezüge können hier und da anders ausgestaltet werden. Im Kern aber muss der verbindliche bezeichnete Inhalt erschlossen worden sein.